



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 [ernst-dieter.rossmann@bundestag.de](mailto:ernst-dieter.rossmann@bundestag.de)  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

Berlin, 6. September 2005

### **Hoffnungsschimmer für Kummerfeld**

Die Verkehrsbelastung durch LKW in der Ortsdurchfahrt von Kummerfeld ist seit Langem ein Problem, das Bürger, Kommunalpolitiker und Abgeordnete beschäftigt. Erst kürzlich hatten Bürgermeister Hanns-Jürgen Bohland und Vertreter der Kommunalpolitik hierüber mit dem Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann gesprochen und dabei die Belastungszahlen und die Lärmverstärkung in der Gemeinde deutlich gemacht.

Neben dem LKW-Durchgangsverkehr und der Verlagerung von LKW-Verkehr durch die Maut von der A 23 wird insbesondere die Anfahrt zu der Müllverbrennungsanlage Ahrenlohe durch die Gemeinde als Problem angesehen. Eine Mitbenutzung der Ostseite des Rastplatzes Forst Rantzau an der A 23 durch Müllfahrzeuge, die vom SPD-Bundestagsabgeordneten angeregt worden war, wurde allerdings erneut von der zuständi-

gen Straßenbauverwaltung des Landes Schleswig-Holstein abgelehnt. Rossmann: „Es ist bedauerlich, dass sich hier seit Jahrzehnten nichts bewegt und immer noch kein Umdenken stattgefunden hat.“

Wie die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Angelika Mertens, dem Abgeordneten mitgeteilt hat, gibt es allerdings Überlegungen im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Kiel, die Müllfahrzeuge zur MVA statt über die Abfahrtsstelle Pinneberg-Nord vom Süden her ausschließlich über die Anschlussstelle Tornesch fahren zu lassen. Die Ortsdurchfahrt von Kummerfeld würde dadurch von Müllverkehr entlastet werden.

Gegenüber der Landesverwaltung hat der Abgeordnete zudem darauf gedrungen, weitergehende Begrenzungen der LKW-Durchfahrten vorzunehmen. Am 12.9.2005 soll auf Verwaltungsebene ein Behördengespräch vor Ort stattfinden zwischen Straßenbauverwaltung Itzehoe, Straßenbauamt Pinneberg sowie Polizei und Landesbetrieb. Wie dem Abgeordneten mitgeteilt wurde, soll nach diesem Gespräch zu einem späteren Zeitpunkt auch die Gemeinde einbezogen werden.

Rossmann: „Mit dem Vorschlag, die Müllfahrzeuge aus der Ortsdurchfahrt herauszuhalten und der Überprüfung, welche Möglichkeiten die Straßenverkehrsordnung konkret vor Ort hergibt, zeichnet sich immerhin ein Hoffnungsschimmer ab. Diese Perspektiven müssen jetzt von allen Beteiligten weiter verfolgt werden, weil offensichtlich nur Beharrlichkeit zum Erfolg führen kann.“